

2010-12-03

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung
des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 17.11.2010**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Glathe, Otto
Rumpf, Frank

Vertretung für Herrn Trocha
Vertretung für Herrn Gebhardt
Anwesend bis TOP 6.9

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Anwesend ab TOP 2

Fraktion der SPD
Laue, Harald
Dreibrodt, Hans-Peter

Anwesend ab TOP 6.2, außer TOP 9.1

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Busch, Thomas

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Schmidt
Anwesend ab TOP 2, außer TOP 9.1

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit sechs anwesenden Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, der **Antrag** gestellt, die Beschlussvorlage im Tagesordnungspunkt 6.4 „Finanzierung des Vorhabens Sanierung der Kita Mosigkauer Schlosskinder“ (DR/BV/445/2010/V-51) unter Tagesordnungspunkt 6.1 zu behandeln, da aufgrund der Dopplung verschiedener Ausschusssitzungen am heutigen Tag der Vertreter des Trägers nur in begrenztem zeitlichen Umfang an der Sitzung teilnehmen könne.

Einwendungen wurden nicht erhoben.

Durch **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, wurde der **Antrag** gestellt, die Beschlussvorlage im Tagesordnungspunkt 6.12 „Masterplan Kultur“ (DR/BV/330/2010/V) von der Tagesordnung zu nehmen, da eine parallele Behandlung in anderen Ausschüssen erfolge und durch den Wirtschaftsausschuss die Vorlage durch Ablehnung bereits zurückgewiesen wurde.

Daraufhin stellte **Herr Schönemann** den **Gegenantrag**, die Vorlage auf der Tagesordnung zu belassen, die Diskussion im Ausschuss zu führen, jedoch heute keine Beschlussfassung vorzunehmen. Auch sei seitens Herrn Prof. Oswald, Herrn Landgraf und Herrn Markworth die Bitte an ihn herangetragen worden, sich zur Thematik in der heutigen Sitzung äußern zu wollen.

Zur Anfrage des **Herrn Rumpf** bezüglich der Anwesenheit des Herrn Dr. Raschpichler zur Diskussion der Vorlage, antwortete **Herr Vorjahns, Leiter des Amtes für Kultur**, dass Herr Dr. Raschpichler nach der Behandlung des Masterplans Kultur und der Sozialplanung in den parallel laufenden Sitzungen des Sozialausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses an der Sitzung teilnehmen werde.

Als persönliche Meinung äußerte **Herr Schönemann** sein Unverständnis zur Vorgehensweise des Oberbürgermeisters und verwies darauf, dass der Rat Herr des Verfahrens bleiben müsse. Man könne hier keine Neutralisation einer eingesetzten und bezahlten Person herbeiführen, eher sei ein fairer Umgang miteinander notwendig. Die Vorlage sei in sachlicher Art und Weise zu diskutieren.

Mit der ersten Sitzung des Kulturausschusses zur Thematik erinnerte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an die damalige Ablehnung des zuständigen Dezernenten zur nochmaligen Behandlung. Heute solle man das vorliegende Papier diskutieren und darüber hinaus die Betroffenen anhören.

Eine ergebnisoffene Diskussion hinsichtlich Art, Inhalt, Mängeln, Personalien und Strukturen in der vorgelegten Unterlage sei nötig, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**.

Nach der Anmerkung von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass man vorerst über den Antrag abzustimmen habe, zog **Herr Rumpf** seinen Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes zurück.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde in der geänderten Form (Verschiebung des Tagesordnungspunktes 6.4 nach 6.1) einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 23.09.2010

Zum Protokoll der Sitzung vom 23.09.2010 wurden keine Einwände oder Änderungsanträge vorgebracht.

Seitens **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde erklärt, dass er auf seinen Antrag in der Sitzung vom 23.09.2010 hinsichtlich einer schriftlichen Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Ankauf des betreffenden Grundstücks noch keine Rückantwort erhalten habe.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 4

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 23.09.2010 erfolgten Informationen und Beschlussfassungen:

- Vergabe von Bauleistungen,
Dessau - Georgengarten / Weltkulturerbe Teil 1 - (Landschaftsbauarbeiten)
Vorlage: DR/BV/292/2010/VI-65
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
- Vergabe von Bauleistungen
Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Gymnasium "Philanthropinum" Dessau-Roßlau, Vergabe-Nr. 38/2010 - Los 20 - Heizung, Lüftung, Sanitär
Vorlage: DR/BV/301/2010/VI-65
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
- Vergabe von Bauleistungen
Ordnungsmaßnahme Taubenstraße - Vergabe Abbruch ehemalige Bäckerei –
Vorlage: DR/BV/307/2010/VI-65
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
- Vergabe von Bauleistungen
Vergabe-Nr.: 77/2010, Baumaßnahme: Grunderneuerung der Jagdbrücke über die Mulde (BW 59)
Vorlage: DR/BV/317/2010/VI-66
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
- Förderprogramm Stadtumbau-Ost, Anträge der Stadt Dessau-Roßlau für das Programmjahr 2011
Vorlage: DR/BV/340/2010/VI-60
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

- **Prioritätensetzung der Maßnahmen des Dezernates VI zur Haushaltsplanung 2011 - Vermögenshaushalt**
Vorlage: DR/BV/338/2010/VI-60
Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.
- **Vergabe von Bauleistungen**
KP II - Grundschule "Ziebigk", Elballee 24 in Dessau-Roßlau, Los Fenster / Türen (Verg.-Nr.: 88/2010)
Vorlage: DR/BV/358/2010/VI-65
Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Anbringung von Begrüßungsschildern auf den Bahnsteigen des Dessauer Hauptbahnhofes und des Roßlauer Bahnhofes **Vorlage: DR/BV/341/2010/VI-80**

Einführend merkte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, an, dass man an dieser Stelle nicht die Bauhausstadt präjudiziere sondern den Fokus auf die Highlights Bauhaus und Schifferstadt lege. Auch im Leitbild werde dem Bauhaus eine entscheidende Rolle beigemessen.

Er verwies auf intensive Gespräche mit der Deutschen Bahn zu Inhalten und finanziellen Gesichtspunkten bei der Ergänzung durch Beschilderungen mit dem Schwerpunkt Tourismus.

Mit dem Theater plane man für ein weiteres Highlight der Stadt eine entsprechende Würdigung. Hier sei man derzeit bei der weiteren Qualifikation des Themas und der Optimierung zur Verfügung stehender finanzieller Mittel.

Sehr deutlich sei die Arbeitsrichtung des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung erkennbar, Maßnahmen zusammenzuführen und zu verzahnen. Auch die in der Tagesordnung der Sitzung folgenden Vorlagen zeigen sehr deutlich diesen Weg.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, der diese Entwicklung sehr begrüßte, führte an, dass das Begrüßungsschild am Roßlauer Bahnhof entsprechenden Missverständnissen vorbeuge.

Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, der diese Frage stellvertretend für Herrn Trocha an die Verwaltung herantrage, zu ähnlichen Projekten für Begrüßungsschilder im Bereich der Ortseingänge der Stadt, erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass bereits sein entsprechender Prüfauftrag durch das Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing bearbeitet werde. Die Highlights der Stadt - u. a. Kurt Weill, Junkers, das Bauhaus - seien an den Einfahrtsstraßen mit Hinweisschildern deutlich herauszukristallisieren.

Herr Schönemann bestätigte die derzeitige Unterrepräsentation der touristischen Marken und den entsprechenden Nachholbedarf. Um diese Defizite zu kompensieren, sei eine zielgerichtete Arbeit zu leisten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde **zur Kenntnis genommen.**

5.2. Bituminöse Fahrbahndeckenerneuerung als Lärminderungsmaßnahme im Bereich Theaterviertel **Vorlage: DR/BV/388/2010/VI-66**

Das Theater sei ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Außenwirkung der Stadt, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Die Straßenverhältnisse im Umfeld des Gebäudes seien als suboptimal zu bezeichnen.

Zu danken sei Herrn Otto, da auf dessen Hinweis das Gespräch mit Herrn Dr. Daehre zur Akquise weiterer Fördermittel geführt wurde. Nunmehr habe man eine Bewilligung für die Asphaltierung der Straßen und damit die Lärminderung in diesem Bereich erhalten.

Darüber hinaus strebe man mit der Aufwertung der Achse vom Bahnhof zur Innenstadt eine weitere Qualifizierung des Theaterumfeldes an, wobei dem Friedensplatz eine gewichtige Rolle beigemessen werde. Mit Hilfe der in begrenztem Maße zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel werde man durch gezielte chirurgische Eingriffe eine Aufwertung vornehmen. Bei Erreichen eines entsprechenden Planungsstandes werde man die vorgesehenen Maßnahmen dem Gremium zur Kenntnis geben.

Die Beeinträchtigung der jetzt vorgesehenen Straßenbaumaßnahmen durch die künftigen Gestaltungsmaßnahmen hinterfragte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**.

Aufgrund der Rahmenbedingungen werden die Maßnahmen zur Umgestaltung über drei bis vier Jahre zu strecken sein, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Mittel aus dem KP II-Programm sind jetzt zu verwenden, die künftigen Gestaltungsmaßnahmen haben Einfluss in die Straßenbaumaßnahmen hinsichtlich Straßenbreiten und Gestaltung der Stellflächen genommen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3. Städte als Motoren räumlicher Entwicklung - Diskussionspapier der mitteldeutschen Planungsdezernenten **Vorlage: DR/IV/073/2010/VI-61**

Als Schwerpunkt der Intentionen des Positionspapiers der Planungsdezernenten Mitteldeutschlands bezeichnete **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, das Festhalten am zentralörtlichen System und der Widerspruch zum Bestreben der Bundesregierung, die Städtebauförderung massiv zurückzufahren. Nach aktuellen Informationen werde man eine Kürzung im Städtebauförderungsprogramm auf 75 % der Vorjahrmittel vornehmen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.4. Bestätigung der Aufgabenstellung und Bindungsermächtigung für die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Dessau-Roßlau **Vorlage: DR/BV/361/2010/VI-61**

Eingangs verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die Beschlussfassung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus.

Als Ausgangslage beschrieb er den enormen Veränderungsdruck und Themen wie Smart-City, Innovations-City, Schrumpfung und demografischer Wandel, denen mit einem integrierten

Stadtentwicklungskonzept begegnet werden soll. Eine weitere Forderung werde vom Fördermitelgeber aufgemacht, der einen Nachweis einer langfristigen Entwicklung und die inhaltliche und kostenseitige Beschreibung der Maßnahmen der Stadtentwicklung als Grundlage künftiger Bewilligungen einfordere.

Zur Vervollständigung der aktuellen Datenbasis, die derzeit noch nicht den Anforderungen genüge, befinde man sich in Abstimmungen mit dem Dezernat V.

In der Konkurrenz zu anderen Städten müsse man mit der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Ziele, Schwerpunkte, Strategien und Maßnahmen novellieren. Dem Konzept überlagernd dient das Leitbild, dessen Beschluss für die Stadtratssitzung am 02.02.2011 vorgesehen sei. Notwendig sei eine Schlüssigkeit und Konsistenz der Konzepte Leitbild, Stadtentwicklungskonzept und Masterplan Innenstadt. Ergänzend mit der Weiterführung des IBA-Projekts, deren konzeptionelle Betrachtungen bereits weit fortgeschritten seien, beschrieb er den Spannungsbogen laufender Planungen.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, befürwortete hierzu eine inhaltlich, thematische Ausschusssitzung.

Wenn der Bedarf dazu bestehe, werde man dies realisieren, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Unter Bezugnahme auf die Beschlussvorlage verwies er auf die Federführung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus.

Für den Teilbereich Wohnen und Verkehr sei eine Beteiligung des Bauausschusses nötig, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Auch sei die Beteiligung der Öffentlichkeit erst im Jahr 2012 sehr unglücklich. Dies sei früher einzuplanen.

In den Ausschusssitzungen, möglicherweise gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss, werde man die Öffentlichkeit früher in den Prozess einbinden, antwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6. Öffentliche Beschlussfassungen

6.1. Finanzierung des Vorhabens "Sanierung der Kita Mosigkauer Schlosskinder"

Vorlage: DR/BV/445/2010/V-51

Auf die Diskussionen im Finanzausschuss verweisend, fragte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, nach der Absicherung der Deckungslücke.

Nach Hinweis auf das einbringende Amt 51, erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Deckung derzeit geprüft werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erläuterte **Frau Selle, Jugendamt**, die Ergebnisse der Prüfung zur Kostenreduzierung.

Trotz der notwendigen Präzisierung zur Deckung der Kosten sei, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Beschlussreife der Vorlage gegeben.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6.2. Aktualisierung der Winterdienstsatzung Vorlage: DR/BV/263/2010/VI-66

Einführend verwies **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, auf die nach dem letzten Winter eingegangenen Hinweise und deren Bewertung, Abwägung und Berücksichtigung in der nun in novellierter Form vorliegenden Winterdienstsatzung. Darüber hinausgehende Forderungen beispielsweise zur Einbeziehung von medizinischen Einrichtungen und bestimmten Unternehmen seien nicht realisierbar. Bei extremen Witterungen werde man an diesen Stellen im Rahmen der Gefahrenabwehr tätig werden. Mit dem Eigenbetrieb Stadtpflege befinde man sich derzeit in Abstimmung zu einzubeziehenden Firmen zur Ausführung dieser Leistungen.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zum Meinungsbild der Öffentlichkeit, erklärte **Herr Cirner, Tiefbauamt**, dass sich die bestehende Satzung auch im letzten Winter bewährt habe. Nach Beschluss der Oberbürgermeisterdienstberatung habe man auch zusätzliche Leistungen im Nebenstraßennetz ausführen können. Diese Vorgehensweise sei richtungweisend für zukünftige Extremereignisse. Die Einbeziehung weiterer Leistungen, die in der zu beschließenden Satzung nicht aufgenommen sind, bezeichnete er aufgrund des finanziellen Aufwandes und der personellen Kapazitätsgrenzen als unangemessen.

Klar sei, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass nicht alle Wünsche erfüllbar seien. Bedauerlicherweise werden berechnete Forderungen erst nach einem strengen Winter aufgenommen. Daraus sei zu folgern, dass sich die bestehende Winterdienstsatzung - entgegen der Darstellung – nicht bewährt habe. Vor der Beschlussfassung in der Stadtratssitzung sei darüber hinaus die Meinungsäußerung der Ortschaftsräte nachzuholen.

Als erstaunlich bezeichnete es **Herr Glathe, Fraktion der CDU**, dass der westliche Teil der Peterholzstraße, als wichtige Zuwegung eines Unternehmens mit über 1.000 Beschäftigten, keinen Eingang gefunden habe. Er stellt daraufhin einen Änderungsantrag zur Einbeziehung dieses Bereichs.

Durch **Herrn Schönemann** wurde dieser Antrag befürwortet.

Auf die im Rahmen der Bestandspflege durchgeführten Unternehmensbesuche und die dabei oftmals aufgemachte Forderung zur Einbeziehung von Unternehmenszuwegungen verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Aufgrund des zu beachtenden Gleichbehandlungsgrundsatzes und den bereits beschriebenen Rahmenbedingungen könne man diesen Forderungen jedoch nicht nachkommen und mache den Vorschlag, dass bei extremen Witterungssituationen entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Auf die Verantwortung der Grundstückseigentümer wurde durch **Herrn Cirner** hingewiesen.

Hierbei sei auch die Ergreifung ordnungsrechtlicher Mittel zu prüfen, so **Herr Schönemann**.

Aus der Sicht des Wirtschaftsförderers unterbreitete **Herr Beigeordneter Hantusch** nach der Abfrage der Unternehmen, der vielen Anfragen und der geäußerten Wünsche das Angebot, dass bei Bedarf eine Lösung gefunden werde.

Im Anschluss wurde der **Änderungsantrag** mit folgender Formulierung zur Abstimmung gebracht:

In der Begründung „a) Neuaufnahme zusätzlicher Fahrbahnen mit regelmäßigem Winterdienst“ wird im Straßenverzeichnis wie folgt ergänzt:

- *Peterholzstraße von Heidestraße (Straßenbahnhaltestelle) bis DB AG, Bahnhof Dessau-Süd.*

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Änderungsantrag wurde einstimmig bestätigt.

Nachfragen von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, zur Verortung von Straßen im Stadtteil Roßlau wurden durch **Herrn Cirner** beantwortet.

Abschließend wiederholte **Herr Otto** die Forderung nach der Beteiligung der Ortschaftsräte vor der Beschlussfassung im Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde geändert bestätigt.

**6.3. Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das HHJ 2010
Vorlage: DR/BV/456/2010/VI-60**

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde eingangs erläutert, dass mit diesem Beschluss die Grundlage für den Abruf der Mittel für das Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest geschaffen werde. Diese Mittel werden dem Treuhandvermögen zugeführt, um bei künftigen Maßnahmen zur Neuordnung im Gebiet zur Verfügung zu stehen. Für das Grundstück an der Jahn-/Liebknechtstraße strebe man eine Übertragung an die Stadt an.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde erklärt, dass er seine Zustimmung nur gebe, wenn das Grundstück an die Stadt übertragen werde und die entsprechenden Beschlüsse dem Bauausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

Man beschliesse an dieser Stelle lediglich die Sicherung der Fördermittel, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Alle weitergehenden Beschlüsse werden den zuständigen Gremien vorgelegt, wie auch der Begründung zur Vorlage zu entnehmen sei.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.4. Variantenentscheidung Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 Vorlage: DR/BV/310/2010/VI-66

Einführend verwies **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, auf den dringenden Handlungsbedarf nach bautechnischer Einschätzung der Muldebrücke in die Zuständigkeitsklasse 4. Nachdem durch Gutachten bestätigt wurde, dass ein Neubau als wirtschaftlichste Variante anzusehen sei, habe man in einem VOF-Verfahren den geeignetsten Planer bestimmt und lege nun die Vorzugsvarianten für den Straßen- und den Brückenbau zur Bestätigung für die weiteren Planungsphasen vor. Im Zeitablauf sei vorgesehen, im Jahr 2011 das Planfeststellungsverfahren zu beantragen und nach Ausführungsplanung und Ausschreibung im Jahr 2014 mit der Realisierung zu beginnen.

Als vorrangigste Aspekte der Variantenentscheidung für die neue Muldebrücke bezeichnete er die Gestaltung und die Wirtschaftlichkeit der Alternativen.

Bezug nehmend auf den Kostenvergleich in der Begründung beschrieb er die Mehrkosten die Errichtung einer Behelfsbrücke für die Bauzeit der neuen Brücke als Havariefall, wenn die derzeitige Brücke nicht zu halten sei und die 2. Muldebrücke noch nicht realisiert sei.

Abschließend bat er um Bestätigung der Vorzugsvariante.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde auf die mit Hochdruck in Bearbeitung befindlichen Planfeststellungsverfahren für die Ostrandstraße verwiesen. Er äußerte die Bitte an die Stadträte, das Projekt Ostrandstraße und den demokratisch legitimierten Prozess zu unterstützen. Jegliche Verzögerungen oder nicht notwendige Interventionen führen zu erheblichen Mehrkosten.

Fragen zur Materialität der Vorzugsvariante von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, wurden durch **Frau Hofmann, Tiefbauamt**, beantwortet.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sah in der vorgeschlagenen Variante die Arbeitsrichtung aus der Planerauswahl bestätigt.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.5. Beschluss über die Absicht, von der Festsetzung II, 2.1 des Bebauungsplanes Nr. 161 "Krosigkstraße" zu befreien Vorlage: DR/BV/432/2010/VI-61

Einführungs- oder Rückfragebedarf bestand nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.6. Abwägung der im Rahmen der Offenlage des Entwurfs der Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Stadt Dessau-Roßlau eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/408/2010/VI-63

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde eingangs geäußert, dass er eine entsprechende Bemerkung in der Satzung vermisste, die Ausnahmen wie beispielsweise für das Vorhaben Kristallpalast regelt. In dieser Hinsicht bestehe Korrekturbedarf.

Nach Hinweis von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass man an dieser Stelle erst über die Abwägung zu befinden habe, informierte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, zu redaktionellen Änderungen, die erforderlich werden, da zwischenzeitlich Stellungnahmen der Ortschaftsräte Brambach und Rodleben eingegangen und in der Abwägungsunterlage zu berücksichtigen seien. Diese Änderungen werde man vor der Ausreichung der Unterlagen für die Stadtratssitzung vornehmen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.7. Satzungsbeschluss für die Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Stadt Dessau-Roßlau in der Fassung vom 14. April 2010
Vorlage: DR/BV/409/2010/VI-63

Auf seine bereits unter TOP 6.6 geäußerte Anfrage zurückkommend, fragte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, nach der Notwendigkeit einer Ausnahmeregelung in der Satzung zu möglichen Abweichungen bei der gesetzlichen Regelung dieser Möglichkeit.

Gesetzliche Grundlagen seien in der Satzung nicht separat auszuweisen, erläuterte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, und verwies auf den § 2, Punkt 3 der die Zulässigkeit entsprechender Abweichungen zum Inhalt habe. Man sei hier dem Wunsch des Gremiums gefolgt. Diese Regelung sei nicht notwendig aber auch nicht schädlich.

Die Belastung auf die umliegenden Verkehre sei im Baugenehmigungsverfahren des Einzelvorhabens zu prüfen. Mit der vorliegenden Satzung seien alle Grundlagen gegeben.

Entsprechend dem Landesverwaltungsamt seien durch Abwägung Abweichungen zu berücksichtigen, darüber hinaus definiere der § 66 der Bauordnung des Landes die Möglichkeit von Abweichungen von Festlegungen der Satzung. Eine darüber hinausgehende Aussage, dass keine Stellplätze notwendig seien, sei nicht möglich.

Auf die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes verweisend, erklärte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass auf der Grundlage der Satzung ein pauschaler Erlass nicht zu regeln sei, dies bedürfe eines Bauleitplanverfahrens. Einen möglichen Stellplatzverzicht regelt die Satzung nicht.

Ein Bauvorhaben könne nur bei der Integration in das Umfeld und der Funktionsfähigkeit der umliegenden Verkehre als genehmigungsfähig eingeschätzt werden, so **Herr Meister**.

Der aufgeworfene Widerspruch sei zu klären, beschrieb **Herr Otto** als Auftrag an die Verwaltung.

Um keine Interpretationsmöglichkeiten zuzulassen sah auch **Herr Schönemann** die Aktualisierung der Satzung hinsichtlich der Eindeutigkeit ihrer Aussagen als notwendig an.

Interpretationen seien durch die Stadträte erfolgt, meinte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, und befand zusätzliche Hinweise in der Satzung als unnötig. Das Anliegen der Herren Otto und Schönemann sei ihm nicht klar.

Seitens des Baudezernats stehe die Aussage, dass die jetzige Satzung entsprechende Ausnahmeregelungen bereits hergebe, so **Herr Otto**. Nach Intervention des Oberbürgermeisters sagt das Landesverwaltungsamt, dass diese Ausnahmen so nicht zu regeln seien und eine grundsätzliche Freistellung von Stellplätzen über die Satzung zu beschließen sei.

Mit der Satzung bestehe die Möglichkeit, Abweichungen vorzunehmen, entgegnete **Herr Meister**. Dies gelte jedoch nur, wenn notwendige Stellplätze anderweitig organisiert werden. In diesem Fall sei dann die Stadt in der Pflicht.

Genau das sagt die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes nicht aus, widersprach **Herr Otto**.

Beispielhaft stellte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die größte Abweichung mit Stellplätzen in der Anzahl Null dar. Im folgenden Baugenehmigungsverfahren werden dann X Stellplätze als notwendig festgestellt, deren Nachweis zu erbringen sei. Ausnahmen seitens der Stadt gingen dann zu Lasten der Stadt.

Die Aufnahme dieser Festlegungen würde dann, so **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, abweichendes zu übergeordneten Gesetzlichkeiten beschreiben.

Durch die Stadtverwaltung sei eine Klärung des Sachverhalts mit dem Landesverwaltungsamt herbeizuführen, wiederholte **Herr Otto** seinen bereits gestellten Antrag.

Durch **Herrn Dreibrodt, Fraktion der SPD**, wurden die Forderungen zu zusätzlichen Regelungen in der Satzung als unnötig beschrieben.

Nachdem **Herr Meister** auf die Konsequenzen bei ausbleibender Beschlussfassung und damit dem Auslaufen der Satzung zum Jahresende hinwies, schlug **Herr Beigeordneter Hantusch** vor, heute den vorberatenden Beschluss zu fassen, eine Klärung mit dem Landesverwaltungsamt herbei zu führen, über das Ergebnis in der Bauausschusssitzung am 01.12.10 zu berichten, um den abschließenden Beschluss in der Stadtratssitzung am 15.12.10 fassen zu können.

Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich das Gremium einverstanden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

6.8. Abwägung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 168 A "Pharmastandort Rodleben-Tornau"
Vorlage: DR/BV/437/2010/VI-61

Einführend merkte **Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, an, dass der Ortschaftsrat Rodleben erst am heutigen Tag sein Votum zur Beschlussvorlage abgeben werde.

Herr Rumpf, Fraktion der CDU, sah in seiner Funktion als Ortsbürgermeister von Rodleben keine Gründe für eine ablehnende Entscheidung des Ortschaftsrates.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.9. Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 168 A "Pharmastandort Rodleben-Tornau"
Vorlage: DR/BV/438/2010/VI-61

Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, wies auf redaktionelle Änderungen des Verfahrensvermerks hin. Die korrigierten Unterlagen werde man zur Stadtratssitzung ausreichen.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.10. Abwägung der im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zum B-Plan Nr. 214 "Kristallpalast" eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: DR/BV/402/2010/VI-61

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.11. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 214 "Kristallpalast"
Vorlage: DR/BV/404/2010/VI-61

Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege, wies auf redaktionelle Änderungen des Verfahrensvermerks hin. Die korrigierten Unterlagen werde man zur Stadtratssitzung ausreichen.

Weitere Wortmeldungen erfolgten nicht.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

6.12. Masterplan Kultur Vorlage: DR/BV/330/2010/V

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte eingangs über die Anfrage von Herrn Prof. Oswald, Herrn Landgraf und Herrn Markworth zum Inhalt der Vorlage in der heutigen Sitzung Stellung zu nehmen.

Dem folgenden **Antrag** auf Erteilung des Rederechts für die anwesenden Herren Prof. Oswald und Landgraf wurde zugestimmt.

In seiner Einführung informierte **Herr Dr. Raschpichler, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales, Bildung und Kultur,** über die Behandlung des Themas „Entwurf einer Arbeitsrichtung für einen Masterplan Kultur“ in drei Ausschüssen am heutigen Tag. Er werde sich auf eine kurze Einführung beschränken.

Eingangs verwies er mit den vier Kernaussagen aus der Diskussion im Kulturausschuss und der folgenden Freigabe für die öffentliche Diskussion auf den formellen Sachstand. Erstens sei die Arbeitsrichtung bestätigt worden. Zweitens sei es als sinnvoll erachtet worden, neue Trägerrechtsformen, in Strukturen, die abseits der Stadtverwaltung agieren können, zu entwickeln. Drittens sei eine informelle Beteiligung der Ämter der Stadt und deren Auswertung in der Kulturausschusssitzung am 18.11.10 befürwortet worden. Und viertens sollten einzelne Arbeitsrichtungen durch Einzelbeschlüsse nach dem üblichen Beteiligungsverfahren untersetzt werden.

Darüber hinaus wies er darauf hin, dass nach einer ersten Abstimmung zum Thema durch die Hiobsbotschaft in Bezug auf die finanziellen Rahmenbedingungen der Bereich freiwilliger Leistungen zur Disposition gestellt wurde und insgesamt nur eine kurz bemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung stand.

Mit einem, durch die Süddeutsche Zeitung gewürdigten, Etat von 12 bis 13 % für den Kulturbereich, wobei vergleichsweise 3 bis 5 % in anderen Städten aufgewendet werden, fallen bei 23 Mio. € für freiwillige Leistungen rund 16 Mio. € für den Kulturbereich an. Die Prüfaufträge der Kämmerei zu Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung im Dezernat V, einschließlich des Theaters, beliefen sich auf rund 10 Mio. €. Damit war klar, dass eine Reflektion der Gesamtsituation nötig war.

Entgegen der Aufrechnung verschiedener Ressorts habe man den Kulturbegriff neu gefasst und im Kulturausschuss im Mai 2010 die Aussage getroffen, keine Kündigungen und Schließungen vorzunehmen sondern andere Träger- und Finanzierungsstrukturen zu entwickeln. Man verfolge damit keine Visionen sondern orientiere sich an bundesweiten Diskussionen.

Eine Umsetzung der Konsolidierungsvorschläge hätte die Schließung von Einrichtungen zur Folge gehabt. Aus diesem Grund wurden die Einsparungen durch Schließungen den nach Schließung der Einrichtung resultierenden Kosten gegenüber gestellt. An den Beispielen Tierpark und Bibliotheken erläuterte Herr Dr. Raschpichler diese Rechnungen und zeigte unter Einbeziehung der Bürgerarbeit und des zweiten Arbeitmarktes künftige Strukturen auf.

In dem Masterplan seien soziokulturelle, arbeitsmarktpolitische und stadtplanerische Aspekte einbezogen worden. Sicherlich fehle die eine oder andere Zahl und städtebauliche Betrachtung noch.

Demgegenüber bedingen u. a. die Unterbringung der Eisenkunstgussammlung oder die aktuellen Archivierungsbedarfe Lösungen an adäquaten Standorten.

Mit Veröffentlichung des Papiers habe nun die öffentliche Diskussion begonnen. Eingehende Hinweise seien abzuwägen und in die Überarbeitung des Papiers einzubeziehen, um es weiter zu qualifizieren und die Arbeitsrichtungen zusammen zu fassen.

Beispielgebend seien hier die laufenden Gespräche zu regionalen Kooperationen für den Museumsverbund und die Einrichtung einer „Anhaltischen Landschaft“ als Träger der Museumseinrichtungen zu nennen.

Wichtig sei es, bei der Debatte um finanzielle Zwänge, positive Signale zu versenden. Details seien in den nächsten Wochen zu diskutieren.

Abschließend warb er für das Papier und dessen visionäre Gedanken sowie eine Diskussion auf breiter Basis. Bereits jetzt sei er gespannt auf die Ergebnisse des Workshops Ende November mit den Potsdamer Studenten.

Herr Prof. Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus, dankte für die Möglichkeit, sich an dieser Stelle äußern zu können, sei aber zugleich erstaunt darüber, dass im Vorgenannten kein Bezug auf die bereits erfolgten Äußerungen der Öffentlichkeit genommen wurde. Er sprach dem Papier jegliche Basis und Herrn Dr. Raschpichler das Vertrauen für die weitere Zusammenarbeit ab. Visionen seien nicht erkennbar, eher wurde jedes Projekt berücksichtigt und ein populistischer Versuch unternommen, jeden zu befriedigen. Er vermisse Zielstellungen und Leitlinien und führte als negatives Beispiel der Vergangenheit den Umgang mit dem Projekt Farbfest und „La Machine“ an. Auch der weit gefasste Kulturbegriff sei für ihn nicht erkennbar, da beispielsweise die Arbeit der freien Kulturschaffenden nicht zur Kenntnis genommen wurde. Die Aufnahme dieses Bereichs sei unverzichtbar.

Die im Papier gemachten Vorschläge zur Übertragung von Aufgaben an Dritte seien nicht belastbar, kontraproduktiv, unrealistisch und unabgestimmt.

Zwischen den Akteuren muss eine Verständigung zu bestimmten Fragen erfolgen, da Widersprüche zu den Zielen der Einrichtungen bestehen.

Da eine Ablehnung provoziert werde, sei das Papier als gefährlich zu bezeichnen. Vorgeschlagen werden elf Bauprojekte, teilweise ohne die Ausweisung von Kosten, Finanzierung und Betreuung.

Zusammenfassend äußerte Herr Prof. Oswald die Bitte, den Masterplan Kultur in der vorliegenden Form nicht weiter zu bearbeiten und ein neues Verfahren unter Einbindung der Akteure und dem Dialog aller Beteiligten zu beginnen.

Die Rückfrage von **Herrn Schönemann** zur Bereitschaft der Beteiligung am Prozess bejahte **Herr Prof. Oswald** für sich und für die durch ihn vertretene Einrichtung.

Seine Ratlosigkeit sei heute gewachsen, erklärte **Herr Landgraf, Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters**. Die Ablehnung zur vorliegenden Unterlage sei noch stärker geworden. Nachdem man ursprünglich von einem Masterplan Kultur und weitergehend von einer Arbeitsrichtung für einen Masterplan Kultur gesprochen habe, werde man nun mit einem Entwurf einer Arbeitsrichtung für einen Masterplan Kultur konfrontiert. Es bestehe dringender Handlungsbedarf in der Zusammenarbeit aller Akteure. Durch die erfolgte Veröffentlichung des Papiers im Internet wurde ein demokratischer Umgang miteinander verhindert. Auf dieser Basis sei keine Mitarbeit möglich. Er empfahl, die Unterlage in den Papierkorb zu werfen und den Prozess erneut zu beginnen.

Am Beispiel Oldenburg zeigte er inhaltliche Prämissen eines Masterplans Kultur auf.

Bei Klarheit der Ziele sei er, im Interesse der Kulturschaffenden und Einrichtungen, zur Mitwirkung bereit. Dabei sei ein völlig neuer Ansatz zu wählen und der Qualitätsanspruch deutlich zu erhöhen.

Abschließend bat er die Stadträte, die Diskussion auf dieser Ebene zu beenden und den nötigen Neuanfang zu starten, um nicht weitere Zeit zu verlieren.

Taktische Unzulänglichkeiten in der Vorgehensweise des Dezernats seien durch ihn nicht zu beurteilen, so **Herr Schönemann**. Nun haben sich die Dinge zugespitzt und es wurden Personen zur Disposition gestellt. Dies sei durch die Verwaltung zu lösen wobei der Stadtrat der Souverän bleiben muss.

Beispiele anderer Städte seien zu beachten, einige Ansätze, beispielsweise Museumsverbände regionaler Natur, seien richtig gewählt.

Er bat, zurück zur Aufgabe zu kehren, und keine Personen zur Disposition zu stellen. Dies sei eine Frage der städtischen Führung, das Gesamtteam der Stadtverwaltung sei in der Verantwortung, Gemeinsamkeit und Geschlossenheit zu zeigen.

An die gute Zusammenarbeit an den Projekten Meisterhäuser, Besucher- und Ausstellungszentrum und Haushalt 2010 gelte es anzuknüpfen.

Eine derartige Kritik wurde noch keinem Anderen gegenüber geäußert, so **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er erinnerte an Forderungen des Sozialausschusses, die unbeantwortet blieben. Nun werden bestimmte Modelle als Allheilmittel dargestellt, die seit Jahren nicht umgesetzt worden.

Mit den heutigen Äußerungen von Herrn Prof. Oswald, Herrn Landgraf und Herrn Busch könne er sich identifizieren, erklärte **Herr Dr. Neubert, Fraktion der FDP**. Auch er müsse deutlich sagen, dass er mit dem vorliegenden Papier nicht einverstanden sei. Auch in der Einführung von Herrn Dr. Raschpichler könne er kein Konzept erkennen. Bei der Aufzählung der Beispiele vermisste er die Nennung der Zielrichtungen. Die Art und Weise sowie die Qualität der Unterlage habe ihn entsetzt. Die Beteiligten scheinen nicht dazu in der Lage zu sein und sollen trotzdem die Federführung in dem künftigen Prozess übernehmen?

Er verwehrt sich gegen die Behauptung einer Fehlleistung der Stadtverwaltung oder ihrer Führung, da bereits frühzeitig Kritik aus dieser Richtung geäußert wurde. Für die zukünftige Bearbeitung empfahl er eine Verständigung zu den Herstellungsbedingungen für den Masterplan Kultur und die Rahmenbedingungen der Bearbeitung. Das Konzept müsse mit Realitäten und Prioritäten aufwarten, um es zu einer Entscheidungsgrundlage für die Stadträte zu machen. Eine entscheidende Rolle ist hierbei den Kulturschaffenden beizumessen.

Neben der berechtigten Kritik, hob **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, als positiven Aspekt heraus, dass man seit dem Jahr 2007 im Kulturbereich ohne konzeptionelle Arbeit gehandelt habe. Bislang habe nie ein vollständiges Werk vorgelegt. Erst jetzt mit einem – sicherlich mangelbehaftetem Werk – könne man sich zu den Themen austauschen. Ziel müsse sein, dass Konzept nach vielschichtiger Beteiligung im Frühjahr 2011 erneut vorzulegen.

Erfahrungswerte anderer Gemeinden seien zu nutzen, empfahl **Herr Schönemann**. Erfahrungsaustausche seien zu suchen. Zur Klärung der Aufgabenstellung sei ein kompetentes Team zu bilden, ohne die Beschädigung von Personen sei die Diskussion zu versachlichen.

Es sei nicht die Zielrichtung des Masterplans Kultur, die Diskussionskultur in der Stadt zu stärken, meinte **Herr Busch** und erhob Zweifel an der künftigen Leistung von Herrn Dr. Raschpichler.

Man sei nun in einer unangenehmen Situation, so **Herr Prof. Oswald**, der Dissens mit der Verwaltung und der Politik sei nicht gewollt. Man hege ein starkes Interesse an einem guten Miteinander und einem zielführenden Masterplan. Gemeinsame Gespräche – auch nicht öffentlich – seien nötig, um der Öffentlichkeit zeitnah auch Zwischenergebnisse präsentieren zu können.

Darauf, dass die Zusammenarbeit der Kulturschaffenden untereinander gut funktioniere, verwies **Herr Landgraf**. Man sei dabei, den Bereich Marketing und Tourismus besser zu bedienen. Die Ebene der Vernetzung sei weiter zu entwickeln, um die vielfältigen Ansprüche sich näher zu bringen.

Er werde in der morgigen Sitzung des Kulturausschusses eine abschließende Äußerung abgeben, auch zur Positionierung von Herrn Landgraf, erklärte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler**. In Anbetracht der öffentlichen Verurteilung des Masterplans habe er ein Verständigungsproblem in der Vorbereitung des Workshops Ende November.

Den Stil der persönlichen Diffamierung bezeichnete er als inakzeptabel. In seiner persönlichen Erklärung am morgigen Tag werde er auch dazu Stellung nehmen.

Nicht angemessen zur Kenntnis genommen wurden der immense Zeitdruck und die finanziellen Zwänge auf das Dezernat V, die mit der Erarbeitung des Papiers einhergingen. Diesbezüglich musste er Prioritäten im Dezernat setzen.

Nach einer kurzen bilateralen Diskussion mit Herrn Landgraf verwies Herr Dr. Raschpichler auf ein Novum der Vorlage, die in der öffentlichen Diskussion alle Stellungnahmen der Fachämter der Dezernate enthalte. Hierzu bat er um Beachtung der Anmerkungen des Dezernats V zu diesen Stellungnahmen.

Eine Streitkultur sei in der Vergangenheit nicht vorhanden gewesen, sein Rettungsschirm Kultur sei „zerdessauert“ worden, wie er es in dieser Art und Weise noch nicht erlebt habe. Seit 20 Jahren habe er funktionierende Konzepte aufgestellt, der Nachweis kann gern erbracht werden. Für ihn stelle sich die Frage, was das Problem mit der Arbeitrichtung für einen Masterplan Kultur sei. Das Problem bestünde wohl eher mit seiner Person.

Die emotional belastete Diskussion, die von den Herren Oswald, Landgraf und Markworth begonnen wurde, sollte zügig beendet werden. Entsprechende Fragen und Antworten werde er morgen im Kulturausschuss präziser formulieren und seinen eigenen Blickwinkel darstellen.

Er zeigte Verständnis für die Meinung, dass eine mangelnde Beteiligung erfolgte und die Unterlage kleine Mängel aufweise, aber die Forderung, sie in den Papierkorb zu werfen, sei nicht zu akzeptieren.

Seine Fragen sah **Herr Busch** nicht beantwortet. Auch sei Herr Dr. Raschpichler nicht der Heilsbringer des zweiten Arbeitsmarktes, da habe man in der Stadt in anderen Bereichen bereits erhebliche Erfahrungen gesammelt. Konkretisierend beschrieb er seine Fragestellung in Bezug auf zwei Stellen für den Tafelgarten.

Ab dem 01.01.11 werde sich eine neue Trägerversammlung mit einem neuen Vorsitzenden und neuen Zielvereinbarungen zur Thematik besprechen, antwortete **Herr Dr. Raschpichler**.

Seiner Verwunderung gab **Herr Dr. Neubert** Ausdruck, dass sich Herr Dr. Raschpichler nun als Opfer darstelle statt Aufgeschlossenheit gegenüber der Kritik zu zeigen. Er widerspreche sich damit selbst.

Auch die Politik müsse ihren Beitrag und ihre Mitverantwortung hinterfragen, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Der Masterplan Kultur müsse langfristige Visionen aufzeigen, dessen Erarbeitung müsse in Diskussion mit den Partnern erfolgen, entsprechende Kosten müssen klar sein. Die interessanten Ansätze in der Unterlage seien auf Umsetzbarkeit hin zu prüfen. Ein grundsätzliches Verwerfen sei nicht zu befürworten.

Er äußerte den Wunsch, dass bis zur morgigen Ausschusssitzung ein Vorschlag unterbreitet werde, wie man zu einer gemeinsamen Abarbeitung der Kritikpunkte kommen wolle.

Nach dem Hinweis von **Herrn Busch**, dass man soweit schon mal war, unterstützte **Herr Schönemann** die Meinung von Herrn Otto.

Die Entscheidung des Kulturausschusses zur Freigabe und öffentlichen Diskussion des Papiers sei gerechtfertigt gewesen, so **Herr Hartmann**.

Nach der Anfrage von **Herrn Schönemann**, ob man das Papier zurückstellen sollte, um es zu qualifizieren, äußerte **Herr Dr. Neubert**, dass man eine Entscheidung treffen müsse, ob es eine Grundlage der weiteren Arbeitrichtung darstelle. Eine Übernahme von beinhalteten Teilen sei auch bei einer Ablehnung möglich.

Die Meinung von **Herrn Dr. Neubert** wurde durch **Herrn Glathe** unterstützt. Seiner Meinung nach, sei eine Verschiebung der Thematik wenig sinnvoll.

Mit dem Hinweis auf die Diskussion zur Bestätigung der heutigen Tagesordnung, erinnerte **Herr Laue, Fraktion der SPD**, daran, dass man heute lediglich beraten wolle.

Zum Abschluss der Diskussionen einigte man sich auf den folgenden **Protokollvermerk**:

Der Masterplan Kultur ist durch seine Qualität für eine Beschlussfassung nicht geeignet.

Eine Abstimmung der Beschlussvorlage erfolgte nicht.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

Durch **Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, wurde zum Stand der Vorbereitungen der Baumaßnahme „Hochwassersicherer Ausbau der Südstraße“ informiert. Aufgrund von Kostensteigerungen, der Stahlpreiserhöhung, statischen Erfordernissen und Präzisierungen nach der Detailplanung geschuldet, sei die Errichtung der Schultzanlage in der beschlossenen Ausführung nicht mehr finanzierbar. Eine Nachfinanzierung der Maßnahme wurde vom Fördermittelgeber abgelehnt. In Beratungen mit dem LHW wurden Möglichkeiten zur Übernahme der notwendigen Restleistungen, die entsprechenden vertraglichen Vereinbarungen sowie zeitliche Zielstellungen besprochen. Nach erfolgter Präzisierung und Abschluss der Vereinbarung mit dem LHW werde man im Februar 2011 einen novellierten Maßnahmebeschluss vorlegen.

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde ergänzt, dass man zu 80 % zu einer gemeinsamen Lösung kommen werde. Als Alternative bliebe nur die teilweise Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahme.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen**.

7.2. Sonstige öffentliche Anfragen und Informationen

Den Status der erfolgten Abnahme der Straßenbaumaßnahme zwischen Körner- und Goethestraße hinterfragte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Die Auswahl der Leuchten und deren Standorte sollten nochmals geprüft werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, hinsichtlich des Fortschritts der Baumaßnahmen Kreisel Sieben Säulen und Kühnauer Straße, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass beide Bauvorhaben in der kommenden Woche mit der Asphaltierung der Fahrbahnen ihre Fortsetzung finden werden. Die geplanten Fertigstellungstermine werde man – aus heutiger Sicht – einhalten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 20:35 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 21.01.11

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste